



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

hier: Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung (Kap. 06 03 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 06 03 wird ein neuer Tit. „Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung“ ausgebracht und mit einem Ansatz in Höhe von 1.000,0 Tsd. Euro für das Jahr 2026 ausgestattet.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 13 02 Tit. 893 06 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Die Auswirkungen von Zuwanderung auf Arbeitsmarkt, öffentliche Haushalte und soziale Sicherungssysteme werden in der politischen Debatte regelmäßig thematisiert, jedoch in Bayern bislang nicht in einer hinreichend differenzierten, unabhängigen und transparenten Weise empirisch aufgearbeitet. Für eine sachgerechte Haushalts- und Migrationspolitik benötigt der Landtag belastbare Daten darüber, ob und in welchem Umfang verschiedene Zuwanderergruppen zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, Steuern und Abgaben leisten sowie Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in Anspruch nehmen.

Mit den beantragten Mitteln soll daher eine wissenschaftlich unabhängige und methodisch nachvollziehbare Studie beauftragt werden, die die fiskalischen und ökonomischen Effekte von Zuwanderung in Bayern untersucht. Dabei sollen insbesondere Beiträge zu Wirtschaftsleistung, Steuer- und Abgabenaufkommen, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sozialleistungssystemen erfasst und nach Herkunftsgruppen ausgewertet werden. Dabei kann die in Dänemark verwendete MENAPT-bezogene (Mittlerer Osten, Nordafrika, Pakistan, Türkei) Auswertung als methodisches Vorbild herangezogen werden.

Ziel der Studie ist die Schaffung einer belastbaren Datengrundlage für politische Entscheidungen. Die Studie soll insbesondere folgende Grundsätze erfüllen:

- Trennung von Brutto- und Nettoeffekten
- Differenzierung nach Aufenthaltsdauer, Erwerbsstatus, Alter, Geschlecht und Generation
- Abbildung von kurzfristigen und langfristigen Effekten
- wissenschaftliche Begleitung/Peer-Review
- Veröffentlichung der Methodik und Annahmen

So wird sichergestellt, dass die Ergebnisse einer fachlichen Prüfung standhalten und im parlamentarischen Raum belastbar verwendet werden können.

Angesichts der hohen finanziellen Bedeutung von Ausgaben in den Bereichen Integration, Sozialstaat, Gesundheit und innere Verwaltung ist die Bereitstellung der Mittel haushaltspolitisch geboten. Bereits geringe Verbesserungen in der Zielgenauigkeit staatlicher Maßnahmen können erhebliche fiskalische Effekte entfalten. Die beantragte Studie dient damit einer evidenzbasierten Haushaltssteuerung und stärkt die Kontroll- und Steuerungsfunktion des Landtags.